



Pressemitteilung

Frankfurt, 30. November 2021

Hessisches Ärzteparlament beschließt Resolution gegen Überlastung von Ärztinnen/Ärzten und Verschlechterung der Patientenversorgung

Ausgliederung der ärztlichen Vergütung aus DRG-System und Entfall von Budgetierung, Regressen sowie Bürokratieabbau für ambulanten Bereich gefordert

Mit einer Resolution hat die Delegiertenversammlung der Landesärztekammer am 27.11.2021 an die Politik appelliert, Maßnahmen gegen die Überlastung von Ärztinnen und Ärzten in Klinik und Praxis zu ergreifen. Wörtlich heißt es in der Resolution:

„Die Ärzteschaft befindet sich durch Stellenabbau im stationären Bereich sowie unbesetzten Arztstellen im ambulanten Bereich in einer schwierigen Lage, die durch eine massive Zunahme von Dokumentation, Bürokratie und Regressen in allen Versorgungsbereichen erschwert wird. Die notwendige Übernahme von Impfungen verschärft die Situation. Dies führt zu Überlastung, Burn out und einer Verschlechterung der Patientenversorgung.

Deshalb fordert die Landesärztekammer Hessen für den stationären Bereich eine Ausgliederung der ärztlichen Vergütungsanteils aus dem DRG System sowie im ambulanten Bereich einen Entfall der Budgetierung, von Regressen und einen Bürokratieabbau.“